

**Sitzung des AK WRRRL am 05.03.21: Allgemeiner Austausch zu den Entwürfen 3.
Bewirtschaftungsplan und Maßnahmenprogramme**

Teilnehmer: Wim Dissevelt (Aggerverband), Kristin Wedmann (BRW), Rudolf Hurck (EGLV), Christian Gattke (Erftverband), Udo Rose (Erftverband), Carmen Gallas (LINEG), Helle Wischer (LINEG), Wolfgang Kühn (LINEG), Michael Weyand (Ruhrverband), Marlene Liebeskind (Wupperverband), Arno Hoppmann (WVER), Frank Jörrens (WVER), Petra Kuhr (agw) und Schäfer-Sack (agw)

Tagesordnung:

0. Ziel der Sitzung
1. Allgemeine Anmerkungen
 - a. Vorbereitung Stellungnahme agw / eigene Stellungnahme der Verbände
 - b. Bausteine/Redaktionsgruppen
 - c. Zeitplan
 - d. Kritik am bisherigen Beteiligungsprozess/Erstellungsprozess
 - e. Austausch zur Online-Plattform für die Abgabe von Stellungnahmen
(https://www.flussgebiete.nrw.de/system/files/atoms/files/anleitung_eingabe_bo_2021.pdf)
2. Bewirtschaftungsplanentwurf: Insbesondere Kapitel 2, 4 und 5
3. Austausch Maßnahmenprogramm/Steckbriefe
4. ABKs und § 74 LWG zu Maßnahmenübersichten
5. Weitere Themen: Zielarten; Talsperren-Dynamisierung

Ergebnisse der Sitzung:

Zu Top 1a und e:

Die agw wird eine „Dach“-Stellungnahme als Fließtext formulieren, die einzelnen Verbände überwiegend zusätzlich eigene Stellungnahme abgeben, insbesondere zu den PGMs. Aufgrund der Fülle der Rückmeldungen wird auf das Online-Tool des Landes verzichtet. Stattdessen werden bei den meisten Verbänden schriftliche Stellungnahmen verfasst werden, die mit weiteren Dokumenten (z.B. einer Excel-Liste) ergänzt werden.

Zu Top 1b und c:

Folgende Redaktionsgruppen werden kurzfristig für einen ersten digitalen Austausch zusammenkommen:

- Baustein „Fristen + Verlängerungen“

- Baustein „Finanzierung + Förderung“
- Baustein „4. RST + Spurenstoffe“
- Baustein „Biologie + Nährstoffe“

Die Terminabstimmung findet bereits in KW 10 statt. Es wird vereinbart, dass die Ergebnisse der Redaktionsgruppen mit dem gesamten AK WRRL gespiegelt werden. Ziel ist es, bis zur agw-Mitgliederversammlung am 21.04.21 die Argumentationsketten und den groben Aufbau der Stellungnahme der agw fertig gestellt zu haben. Hinweis: Voraussichtlich am 26.04.21 wird auf Vorstandsebene ein digitaler Austausch mit Frau Heinen-Esser stattfinden, bei dem u.a. auch der Sachstand zum 3. Bewirtschaftungsplan auf der Agenda stehen wird. Hinweis: Am 15.04.21 findet auch das WRRL-Symposium NRW statt. Der Terminhinweis wurde bereits an den Arbeitskreis versandt.

Zu Top 1d:

Die Teilnehmer tauschen sich über Kritikpunkte im bisherigen Beteiligungsprozess und zum Erstellungsprozess des Bewirtschaftungsplans aus:

- „abgeschlossene Programmmaßnahmen (PGM)“ stehen erneut in den Steckbriefen. Dies führt bei den Verbänden zu einem Mehraufwand bei der Erstellung der Bewertung.
- Dissonanz zwischen der GÜS-Datenbank und den Steckbriefen: Dies kann mitunter zu einer fehlerhaften Bewertung führen und im Zuge dessen zu einer schlechteren Darstellung des Zustands. Bitte um Rückmeldung, ob dies nur beim WV zu beobachten ist oder auch bei den anderen Verbänden.
- In der von der Bezirksregierung Arnsberg zur Verfügung gestellten Tabelle stimmen zum Teil die Zuordnungen nicht mit den PGMs überein (siehe Top 3) . Ein Abgleich ist sehr zeitintensiv. Grundsätzlich besteht Einvernehmen darüber, dass es nicht Aufgabe der Verbände sein kann, alle redaktionellen bzw. handwerklichen Fehler des MULNV zu beheben.

Zu Top 2:

- Allgemeiner Austausch zu den einzelnen Kapiteln. Grob werden die agw-Themen eher die Kapitel 2, 4 und 5 betreffen, die Kapitel 1 und 3 des Bewirtschaftungsplans eher in den internen Stellungnahmen verortet sein. Die Teilnehmer befürworten eine Interaktion untereinander und mit der agw.
- Teilweise finden sich im Bewirtschaftungsplan keine Belege für die getroffenen Aussagen. Dieser Aspekt wird in den Redaktionsgruppen vertieft.
- Kapitel Klimawandel: Die Teilnehmer tauschen sich über den Stand der Dinge aus und befürworten die allgemeine Aufnahme in die Bewirtschaftungsplanung, weisen allerdings darauf hin, dass sich daraus keine neuen zusätzlichen Maßnahmen ergeben sollten. Verweis auf agw-Initiative Klimaanpassungsstrategien, allgemeine Einschätzung der Verbände, dass hydromorphologische Maßnahmen per se einen guten Einfluss auf die Resilienzfähigkeit der Gewässer haben. Klimawandel sollte keine Ausrede für die Nichterreichung des guten Zustands sein. Dennoch besteht auch die Möglichkeit in bestimmten Gewässern, dass trotz aller Maßnahmen der

gute Zustand nicht erreicht wird, z. B. durch Trockenfallen, welches vorher nicht aufgetreten ist. Allgemeiner Austausch zur Definition „trockenfallend“ und Verweis auf Vorarbeiten von der LINEG und dem Niersverband. Im Verbandsgebiet des Erftverbands sind die Maßnahmen für trockenfallende Gewässer aufgrund des Hintergrundpapiers Braunkohle ausgenommen. Der WVER verweist auch auf seine Stellungnahme von 2015, wo der Aspekt von trockenfallenden Gewässern thematisiert wurde.

- Im Allgemeinen sollte in die agw-Stellungnahme aufgenommen werden, dass der Bewirtschaftungsplan im Grunde okay ist, es aber ordentlich im wasserwirtschaftlichen Vollzug hapert.
- Finanzierung: Austausch zum Unterschied der Fördermöglichkeiten im Abwasser- bzw. HyMo-Bereich, Förderprogramme nicht üppig ausgestattet, alle Fördergelder sind rücklaufend. Wunsch der Teilnehmer, diesen Aspekt in der agw-Stellungnahme deutlich herauszuarbeiten. Auch mit Blick auf verlängerte Fristen. Bezüglich rückläufiger Einnahmen (z. B. Wasserentnahmeentgelt) ist nach Meinung einzelner Verbände auch eine politische Diskussion notwendig. Auch wird ein kritischer Hinweis aufgenommen, dass Deutschland von der Inanspruchnahme des Recovery-Fonds (Konjunkturprogramm Covid-19) keine Gelder für die Finanzierung der WRRL in Anspruch nehmen wird.
- 4. RST: das hinter der Auswahl liegende Konzept des MULNV nicht klar, uneinheitliches Bild der Bezirksregierungen, unterschiedliche Fristen. agw wird im Rahmen der Redaktionsgruppe allgemeine Leitplanken und Forderungen formulieren.
- Austausch zum Thema Phosphor. Offener Diskussionsprozess, einige Verbände sind von Forderungen nach niedrigeren Phosphorwerten betroffen, andere weniger.

Zu Top 3:

- Austausch über Zuordnungsdifferenzen zwischen Maßnahmenprogramm und Steckbriefen, bilaterale Klärung mit den jeweiligen Bez.Reg.
- Vielzahl an Maßnahmen führt dazu, dass die Beteiligten den Überblick verlieren.
- Insbesondere bei Mischwasserbehandlungsanlagen ist die Zuordnung schwierig.
- Austausch zur Anzahl der PGM im Einzugsgebiet und der PGM, die der Verband umsetzen muss. Im Anschluss an die Sitzung Abfrage durch agw-Geschäftsstelle bezüglich Gesamtanzahl der PGM in den jeweiligen Gewässersteckbriefen im Verbandsgebiet.
- Die durch die agw Geschäftsstelle erstellte Gesamtübersicht über 4 er Maßnahmen mit Angaben zu Fristen und einer Zuordnung zur Bezirksregierung wird den Teilnehmern im Anschluss an die Sitzung zugesandt. Hier: Bitte um Prüfung der Korrektheit der Angaben und Rücksendung an Petra Kuhr.
- Stichwort Durchgängigkeit: PGM 69 nicht kongruent. Einzelfall oder systematischer Fehler: Hier: Bitte an Teilnehmer, etwaige Auffälligkeiten in den AK zu spiegeln. Ggfs. Aufnahme in Vorbemerkung der Stellungnahme.
- Grundsätzlich: Erschreckend hohe Fehlerquote in den Maßnahmenprogrammen und den Steckbriefen. Teilnehmer werden keine redaktionellen Fehler in ihre Tabellen aufnehmen können (s.o.). agw-Stellungnahme sollte sich auf die benannten Themen

konzentrieren. Wir machen nicht die Aufgaben, die dem Verfasser der Entwürfe obliegen. Hinweis evtl. in die Vorbemerkung aufnehmen.

Zu Top 4:

- Austausch zur Thematik Übernahme von Maßnahmen aus den Entwürfen in die aktuellen ABKs. Situation bei den Verbänden recht unterschiedlich. Keine automatische Übernahme geplant, es gibt auch keine Übernahmepflicht. Hier müssen wir nochmal separat vertiefend im Kreis der Abwasserabgaben-Arbeitsgruppe einsteigen. Frau Schäfer-Sack berät das Thema im Rahmen der agw-Vorstandssitzung. Kein Thema für die agw-Stellungnahme.
- Austausch zum Abgleich mit den abgegebenen Maßnahmenübersichten nach § 74.
 - agw prüft, wo im Bewirtschaftungsplan auf § 74 LWG verwiesen wird. Eine Berücksichtigung in der Stellungnahme wird zunächst nicht gesehen.
 - Die Teilnehmer tauschen sich über den Prozess der Erstellung und Mitteilung der Maßnahmenübersichten an die Bezirksregierungen aus. Es gibt sehr viel kritische Aspekte:
 - Die reine Mitteilung der Maßnahmen aus den 6JÜ wurden von den Bezirksregierungen nicht akzeptiert.
 - Sehr hoher Aufwand der Erstellung, schwierig und GIS-aufwändig
 - Eindruck „reine Berichtspflicht“
 - Tabellen nicht anwendbar / sehr eingeschränkte Nutzbarkeit
 - Es sind nur z. T. Rückmeldungen erfolgt / Kritik an mangelnder Kommunikation
 - Untere Wasserbehörden haben nun einen Prüfauftrag

Zu Top 5:

- Zielarten: Austausch der Teilnehmer über die erhöhten Anforderungen für Zielartengewässer. Diese Thematik wird zunächst intern in den betroffenen Verbänden erörtert. Bei Bedarf Aufnahme in die agw-Stellungnahme.
- Dynamisierung von Talsperren: Abfrage bei den Betreibern/Bewirtschaftern von Talsperren bzgl. Maßnahmen in den Steckbriefen. Außer WV: Keine.
- Aus Sicht der Teilnehmer besteht die Notwendigkeit, die Thematik „Fristen“ sowohl in der agw-Stellungnahme, sondern auch in den Einzelstellungnahmen behandeln sollte.

Nächste Sitzung: Zwischenstand im April / Termin wird noch abgestimmt.

Gez. Jennifer Schäfer-Sack